INFORMATIONEN zu **ENERGIEPLANUNG** und **UMWELT-SCHUTZ**

Unser Name.

Der Standort eines Kraftwerkes am Oberjagerweg ist gefallen. Da sich unsere Burgerinitiative aber gegen jedes weitere Kraftwerk in Berlin ausgesprochen hatte und dem Senat weiter auf die Finger sehen will, damit durch seine Energie- und sonstige Planung unsere Umwelt nicht noch weiter zerstort wird, wollen wir weiter arbeiten. Entsprechend unseren Zielen, die nun weiter gesteckt sind, haben wir uns einen neuen Namen gegeben:

Bürgerinitiative Energieplanung und Umweltschutz

Nr. 2

Spende 10 PFENNIG?

BÜRGERINITIATIVE ENERGIEPLANUNG UND UMWELTSCHUTZ

BISHER : BÜRGERINITIATIVE OBERHAVEL / OBERJÄGERWEG

ATOMKraftwerk in Berlin

Pressedokumentation

Wenn erst einmal Stacheldrahtzäune und und Wassergräben um Bauplätze gezogen und Teilgenehmigung n erteilt sind, ist es schwer, umweltfeindliche Großprojekte zu stoppen. Je eher - d.h. schon im Planungsstadium - wir z.B. von Atomkraftwerken Wind bekommen, desto wirkungsvoller läßt sich dagegen angehen.

Wir versuchen mit dieser Pressedokumentation über Berliner AKW-Vorhaben zu verdeutlichen, daß es bereits sehr konkrete Pläne gibt.

Wichtig dabei ist zu wissen, daß in letzter Zeit die AKW-Betreiber nichts unversucht lassen, uns die umweltfreundlichkeit von AKW's gegenüber konventionellen Kraftwerken einzureden.

Offiziell werden vom Senat AKW-Pläne dementiert. Dies kann er sogar ruhigen Gewissens tun, ohne lügen zu müssen, denn geplant ist ein Kohlekraftwerk in den Ruhlebener Wiesen. Was danach kommt, steht nicht in den Sternen, sondern liegt betreits in den Schubladen der Verwaltungen.

Spenden konto: U. Renker
BHI Nr. 08743300

IG Bergbau: Durch Auflagen Bonns droht Baustop für Kohlekraftwerke

Essen (dpa). Zehntausende Arbeitsplätze sieht die IG Bergbau und Energie durch übertriebene Umweltschutzmaßnahmen gefährdet. Die von Bonn geplante Herabsetzung des zulässigen Schwefeldioxidgehalts im Rauchgas von Kohlekraftwerken auf 1,25 Kilogramm pro Stunde und Megawatt sei technisch gegenwärtig noch nicht möglich, heißt es in der neuesten Ausgabe der Gewerkschaftszeitschrift „Einheit". Nach dem Baustop für Kernkraftwerke drohe nun Kohlekraftwerken ein Moratorium.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Düsseldorfer Oppositionsführer, Köppler, warf dem Bundesinnenministerium in diesem Zusammenhang „glatte Sabotage der Energiepolitik" vor. Wenn vom Maihofer-Ministerium vollig neue Grenzwerte für den Schwefeldioxid-Auswurf von Kohlekraftwerken in die Diskussion gebracht würden, sei dies nahezu unverantwortlich. Der Plan, die Grenzwertgröße zu drucken, sei beim Schwefelgehalt der deutschen Kohle nach dem gegenwärtigen Stand der Technik gar nicht leistbar.

KKW--das leuchtet einem ein

Der Tagesspiegel MITTWOCH, 11. FEBRUAR 1976

Überlegungen über ein Berliner Kernkraftwerk

Bewag-Techniker plädieren dafür — Senat gab Untersuchung in Auftrag

Ein Kernkraftwerk in Berlin wird von Technikern der Bewag „mittelfristig als unbedingt erforderlich" bezeichnet. Diese unmißverständliche Aussage haben Bewag-Experten in einer für den internen Gebrauch angefertigten „Technischen Studie zum Ausbau des Kraftwerks Oberhavel 4 × 300 Megawatt" niedergelegt. Als Standort werden die Ruhlebener Wiesen am Kraftwerk Reuter genannt. Als Alternative für den Reaktor kame nach der Studie höchstens eine mit Erdgas betriebene Anlage in Betracht.

Die Feststellungen in dem Gutachten haben allerdings kein politisches Gewicht. Sie sind lediglich das Ergebnis technischer und wirtschaftlicher Überlegungen. Die Situation des Berliner Stromerzeugungs-Unternehmens, so haben die Fachleute bis auf mehrere Stellen hinter dem Komma errechnet, werde sich mittelfristig auf ein Kernkraftwerk-Projekt zuspitzen, wenn nicht Erdgas oder Anschluß an den europäischen Verbund Entlastung brachten. Mittelfristig bedeutet das, daß das Kernkraftwerk im Anschluß an das Kraftwerk Oberhavel kommen und etwa 1990 seinen Betrieb aufnehmen mußte.

Außerhalb der leidenschaftslosen Rechnung der Techniker bleibt freilich noch den politischen Instanzen ein Entscheidungsraum für andere Losungen. Andere Losungen bedeuteten wiederum nach Auffassung der Stromexperten, daß man sich hinsichtlich der Umweltbelastung oder Kostenverteilung der Stromversorgung einiges einfallen lassen müßte.

Der Senat selbst befaßt sich ebenfalls mit Kernkraftwerks-Überlegungen, jedoch nicht in der konkreten Weise, wie das technische Bewag-Gutachten. Auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Edmund Wronski bestätigte der Senat gestern, daß er beim Institut für Reaktorsicherheit der Technischen Überwachungsvereine in Köln eine Untersuchung über Sicherheitsfragen eines Kernkraftwerks in Berlin in Auftrag gegeben hat. Diese Untersuchungen sollten aber nur eine Basis für theoretische Überlegungen bilden. Es sollten zunächst in Berlin die konventionellen Möglichkeiten zur Elektrizitätserzeugung ausgeschöpft werden, da Erfahrungen über Betriebsmöglichkeiten eines Reaktors in Ballungsgebieten noch nicht vorlagen, erklärte der Senat.

Teilresultate ließen große Schwierigkeiten für die Errichtung eines Kernkraftwerks in Berlin erwarten. Der Zeitraum für die Errichtung eines Reaktors von der Bauentscheidung bis zur Inbetriebnahme wird vom Senat auf erheblich mehr als sieben Jahre geschätzt. Ta

TAGESSPIEGEL

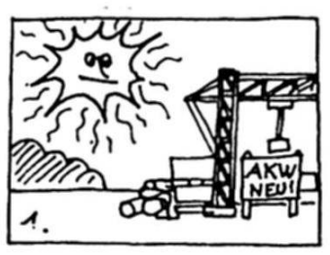
Leserbrief 3.10.76

Mit großem Interesse las ich in Nr. 9424 den Kommentar „Das Kraftwerk im Walde". Hierzu ist zu sagen: 1. Eine Burgerinitiative, die sich fur den Bau von Kraftwerken und zwar auch von Kernkraftwerken im Falle West-Berlins einsetzt, musse erst gegrundet werden, ist unrichtig; sie existiert seit mehr als 4 Jahren, wie aus einer Broschure, die auch der Presse und jedem Abgeordneten zugeleitet wurde, ersichtlich ist. 2. Als Teilnehmer des Kongresses „Rationelle Energienutzung" kann ich nur auf den Vortrag am 21. 9. 76 „Kernkraftwerke in Ballungszentren" von Dipl.-Ing. O. Kellermann hinweisen. Der Vorsitzende fur diese Vortragsreihe, Herr Dr.-Ing. B. von Gersdorff, Vorstandsmitglied der BEWAG, der mehrfach zur Diskussion dieses Fachgremiums uber den gehaltenen Vortrag aufforderte, erhielt keine einzige Gegenstimme gegen die Errichtung von Kernkraftwerken in Ballungszentren, in diesem Gremium von Fachleuten, das sich seit Jahrzehnten sehr ernsthaft und verantwortungsbewußt mit diesen Themen befaßt. Es ware wunschenswert, wenn auch die Presse die Ausfuhrungen unserer Burgerinitiative einmal der Offentlichkeit mitteilen wurde, zumal es sich um eine Burgerinitiative handelt, die 50 000 Unterschriften gesammelt hatte. Da dies nicht geschah, blieb nur der Weg uber Zeitungsinserate. In dem eingegangenen Schriftwechsel war nicht ein Brief, der die Frage der Errichtung derartiger Kraftwerke in West-Berlin verneinte.

Dr.-Ing. Edgar Hausmann, Berlin-Frohnau, Vorsitzender der Bürgerinitiative Unterhavel, Oberhavel und Tegeler See

Fragen nach der künftigen Energieversorgung

Ein vorgezogener Kraftwerksbau hatte die DDR möglicherweise eher geneigt gemacht, mit der Bundesregierung über einen Stromverbund zu verhandeln. Mit dem Standort am Oberjagerweg habe der Senat den einzigen denkbaren Platz fur ein Atomkraftwerk in Berlin preisgegeben. Denkbare andere Kraftwerk-Standorte in Reinickendorf und am Zehlendorfer Stichkanal seien nicht untersucht worden.



Tagesspiegel Nr. 9604 Do. 28.4.77 S. 10

Kein Kernkraftwerk geplant

Die Wirtschaftsverwaltung bekraftigte auf Anfrage, daß in Berlin nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse an ein Kernkraftwerk nicht gedacht werde, ja nicht einmal mit dem Gedanken gekebaugelt werde. Das erklärte Senatsdirektor Schlegel im Hinblick auf Äußerungen aus dem DGB, wonach letztlich um der Arbeitskrafte willen auch dem Gedanken solcher Kraftwerke in Berlin nahergetreten werden musse. Der Senat läßt allerdings von dem Institut fur Reaktorsicherheit des Technischen Überwachungsvereins in Koln ein Gutachten über die Bedingungen erstellen, unter denen in Berlin ein Kernkraftwerk arbeiten konnte. Das Ergebnis des Gutachtens liegt in Auszügen der Wirtschaftsverwaltung vor. Über Einzelheiten werden keine Mitteilungen gemacht, was mit dem Gutachter bis zur volligen Erstattung der Expertise vereinbart worden ist. Senatsdirektor Schlegel bejahte die im Hinblick auf das Gutachten gestellte Frage, ob sich rein technisch gesehen Kernkraftwerke nicht überall errichten ließen, betonte jedoch, nirgendwo auf der Welt gabe es bisher ein solches Kraftwerk in Ballungsgebieten und man wurde die Probe aufs Exempel gewiß nicht in Berlin machen.

DONNERSTAG, 11. MÄRZ 1976

Für die offizielle Energieplanung gilt der Zug für das neue 1200 Megawatt Grundlastwerk Oberhavel langst als abgefahren. Die Aufmerksamkeit der Energieplaner konzentriert sich unter dem Zwang berechneter Verbrauchssteigerungen bereits auf den nachsten großen Sprung zur Kapazitatserweiterung Ende der achtziger Jahre. Die Reserven [illegible] weiteres Großkraftwerk liegen, wie bekannt, nach den derzeitigen Erkenntnissen an einem Standort unweit des Kraftwerks Reuter, wo sich die Planspiele um die Alternative Erdgas- oder Kernkraftwerk drehen.

Tagesspiegel 21.4.76

Auch Ersatz für das Kraftwerk Reuter im Gespräch

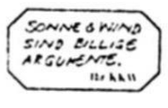
Aus dem Kraftwerk-Gerede?

Sollten die vom Senat nunmehr zu bestellenden Gutachter den Nachweis erbringen, daß die Ruhlebener Wiesen ein 600-MW-Kraftwerk verkraften konnen, so ware dieses Stück Spree-Ufer aus einem anderen Standort-Gerede heraus. Wie Schlegel gestern bestatigte, kamen die Wiesen dann als Baugrund fur ein eventuelles Kernkraftwerk auf unabsehbare Zeit nicht mehr in Frage. Schlegel vermittelte dabei den Eindruck, daß daruber im Senat mittelfristig gesehen niemand traurig ware. rw.

TAGESSPIEGEL 14.4.76

Neues Kraftwerk für West-Berliner Energieversorgung eingeplant

Bedarfszuwachs 5,5 Prozent



Der Strombereich hat bei der Energieversorgung absoluten Vorrang, wie Luder sagte. Der jährliche Bedarfszuwachs an Strom in West-Berlin werde mindestens bei 5,5 Prozent jährlich liegen. Eine Planung auf dieser Grundlage sei aber „an der absolut untersten Grenze des Vertretbaren". Trotz aller Schwierigkeiten will der Senat es offenbar vermeiden, ein Kernkraftwerk zur Energiegewinnung zu errichten. Die Moglichkeit wird zwar wissenschaftlich-theoretisch geprüft, aber das Ergebnis wird dem Bericht zufolge negativ ausfallen: „Teilresultate der bisher noch nicht abgeschlossenen Arbeiten lassen erwarten, daß die Errichtung eines Kernkraftwerks in Berlin unter Verwendung des heute üblichen Reaktorkonzeptes auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen wird."

Energieeinsparung und Immissionsverbesserung durch Ausbau der Fernwärmeversorgung in Berlin

Von *Dietrich Stein-Kaempfe* und *Heribert Stief*, Berlin *)

*) Dipl.-Ing. *D. Stein-Kaempfe* war bis 30. Juni 1976 Geschäftsführer der Energie-Anlagen Berlin GmbH (EAB) und Dipl.-Ing. *H. Stief* ist Projektierungsleiter der Bewag-Stadtheizung.

Die im Auftrag des Bundesministers für Forschung und Technologie erarbeitete Planstudie für das Ballungsgebiet Berlin zur Ermittlung der Möglichkeiten der Einsparung von Energie und Substitution fossiler Brennstoffe durch Kernenergie weist als Ergebnis einen wirtschaftlich sinnvollen weiteren Ausbau der Fernwärmeversorgung auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung und fossilen Heizwerken aus. Die Projekte der Studie führen zu einer Verdreifachung der gegenwärtig vorgesehenen Fernwärmeversorgung, zu einer bedeutenden Energieeinsparung und einer entsprechend der Substitution von Einzel-Wärme-Erzeugungsanlagen verminderten SO_2-Belastung im Stadtgebiet.

Fernwärme international – FWI, Jg. 5 (1976), Heft 5

1. Allgemeines

In der Planstudie Berlin des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT), an der die Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft, Planungs- und Ingenieurbüro Bartels Berlin, Kraftanlagen Planungs GmbH, Heidelberg, Kraftwerk Union AG Frankfurt/Main, Steag AG Essen unter der Federführung der Energie-Anlagen Berlin GmbH (EAB) beteiligt waren, sollte der Raum Berlin als Modell für Überlegungen dienen, in welchem Umfang in einem Ballungsgebiet Fernwärmeversorgung möglich ist, insbesondere in Verbindung mit einem nuklearen Heizkraftwerk. Unter Berücksichtigung der Investitions- und Betriebskosten, Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Deckungsmöglichkeiten des Wärmebedarfs, Versorgungssicherheit, Finanzierungsmöglichkeit und Umweltbelastung wurden in der Planstudie Grundlagen erarbeitet, die nicht auf Berlin beschränkt sind, sondern für alle Ballungsgebiete mit ähnlichen Voraussetzungen gelten.

Der Studie wird ein nach heutigen Maßstäben denkbarer, relativ verbrauchsnaher Standort zugrunde gelegt. Die Auswahl der mit Fernwärme aus dem nuklearen Heizkraftwerk zu versorgenden Gebiete wird nach technisch-wirtschaftlichen Überlegungen getroffen.

Aus diesem Kernkraftwerk kann ein Wärmebedarf von 2 200 MJ/s gedeckt werden, während eine weitere Versorgung von 3 500 MJ/s aus 10 Heizwerken geplant wird. Insgesamt kann das fernwärmewürdige Potential zu 87 % im Endausbau abgedeckt werden, wie folgende Aufstellung zeigt:

Wärmebedarf Berlin (West)	Anschlußwerte MJ/s	Gcal/h	%
Gesamtwärmebedarf 1974	15 350	13 200	100
fernwärmewürdiges Potential	10 235	8 800	67
bereits durch Fernwärme versorgt	1 900	1 600	12
bis 1982 vorgesehener Fernwärmeausbau	3 200	2 750	21
vorgesehene Versorgung aus Kernkraftwerk	2 200	1 900	14
vorgesehene Versorgung aus Heizkraftwerk	3 500	3 000	23
Anteil der gesamten Fernwärmeversorgung im Endausbau am Gesamt-Wärmebedarf			58
Anteil der gesamten Fernwärmeversorgung im Endausbau am fernwärmewürdigen Potential			87

3. Fernwärmeversorgung

Bedingt durch die Insellage Berlins ist die Kraft-Wärme-Kopplung nur im Rahmen der Strombedarfsentwicklung zu verwirklichen. Danach kann ein nukleares Heizkraftwerk gegebener Bauart mit drei Block-Einheiten zu je 600 MW und 465 bis 930 MJ/s effektive Heizleistung nur stufenweise nach einer Vorbereitungs- und Bauzeit von angenommen 7 Jahren mit der ersten Baustufe in Betrieb gehen. Die zweite und dritte Stufe würden drei bzw. sieben Jahre später anlaufen.

5. Ökologie und Energieeinsparung

In ökologischer Sicht wurde der geplante Ausbau der vom Kernkraftwerk und den 10 Heizwerken gespeisten Heiznetze (Variante A) mit einer auf die gegenwärtige Ausbauplanung beschränkten Fernwärmeversorgung ohne die Erweiterung laut Studie (Variante B) verglichen.

	Variante	A	B
Obwohl sich die SO_2-Emissions-Situation im Betrachtungsraum von 15 Jahren um rd.	%	2	5
verschlechtert, verbessert sich die Immissions-Situation im gleichen Zeitraum um rd.	%	20	10.

Die weitere Verbesserung durch die Fernwärmeentwicklung bis zum Endausbau wird wegen der zunehmenden Ausschaltung niedriger Emissionsquellen noch einmal in gleicher Größenordnung eingeschätzt. Variante A dürfte damit im Vergleich zu Variante B einen zusätzlichen Beitrag zur Ökologie leisten.

Parallel dazu führt der Ausbau der Fernwärme (Variante A zu B) durch Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung zu wesentlichen Einsparungen an Primärenergieträgern. In den ersten 15 Jahren werden insgesamt 400 000 t SKE, bis zum Endausbau weitere 1 700 000 t SKE eingespart. Diese Werte enthalten nicht die bereits 1974 durch Kraft-Wärme-Kopplung erzielten Ersparnisse in Höhe von rd. 230 000 t SKE/a, die ohnehin durch laufenden Ausbau auf rd. 400 000 t SKE/a ansteigen werden.

Unter den genannten Bedingungen führt die modellhaft angelegte Studie zu der Erkenntnis, daß mit einem verbrauchsnah errichteten Kernheizkraftwerk große Wärmemengen wirtschaftlich zur Fernwärmeversorgung bereitgestellt werden können, beträchtliche Mengen an fossilem Brennstoff einzusparen sind und sowie die erforderliche Wärmedichte vorliegt, die Umstellung der Einzelwärmeerzeugung auf zentrale Heizwerke sowie der Betrieb der Heizkraftwerke erheblich zur Verminderung der Schadstoff-Konzentration beitragen kann.

Doch noch?

Atomstrom made in Berlin: „Schon ernsthaft über die Zustimmung mit den Westalliierten diskutiert."

Die SPD/FDP-Koalition will den Berlinern der 80er Jahre mit Kohle einheizen. Energieplanung: Kohlekraftwerke. Sagt sie.

Die CDU will ‚sauberen' Strom. Energievorhaben: Kernkraftwerke. Das sagen zum Beispiel Jürgen Wohlrabe, MdB, und der Berliner CDU-Chef Lorenz.

Die sauberste Lösung für Berlin – ein Energieverbund mit Westdeutschland – ist noch nicht in Sicht; und schon einmal ist ein Stromgeschäft mit dem Osten geplatzt.

Um der CDU zu beweisen, daß der sozialliberale Senat nicht nur an die Zukunft denkt, sondern auch daran bastelt, hat der amtierende Senat „die Realisierungsmöglichkeiten für ein Kernkraftwerk in Berlin (West)" geprüft. Ein Atommeiler mitten in einer Millionenstadt aber ist noch nicht dagewesen.

Deshalb hat Wirtschaftssenator Lüders Amtsvorgänger beim Institut für Reaktorsicherheit – das ist der TÜV für Atomfragen – eine „Untersuchung über Sicherheitsfragen eines Kernkraftwerkes in Berlin (West)" in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen bei Senator Lüder in der Schreibtischschublade. Der Wirtschaftssenator hat noch nicht reingeguckt. „Weil's nicht aktuell ist", sagt er.

Die Berliner CDU würde sicher gern einen Blick in die Berichte riskieren, denn sie hat nichts gegen Atomkraftwerke; CDU-Chef Lorenz will das mit „Zustimmung der Westalliierten schon ernsthaft diskutiert" haben.

Schreckgespenst „Kalter Winter 81/82"

Dabei wird er wohl mit dem BEWAG-Vorschlag einverstanden sein – Standort: Jagen 90. Reaktor 70 m unter der Erde; ein Kühlsee von 7 km Länge und 100 bis 500 m Breite, genannt „Grunsee" mitten im Grunewald. Für Senator Lüder ist das Science fiction: „Die CDU gehört diesem Senat nicht an und wird ihm nicht angehören."

So ablehnend gegenüber Atomenergie war der sozialliberale Senat nicht immer.

Im Energiebericht vom Juni 76 wird sogar der mögliche Standort für ein Kernkraftwerk genannt: die Ruhlebener Wiesen, nahe dem Kraftwerk Reuter.

Der ist auch seit Jahren von der BEWAG auserwählt. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts können Senat und BEWAG diesen Platz für einen Atomreaktor nicht länger freihalten.

Er wird für das geplante Kohlekraftwerk gebraucht. 1981/82 gibt's einen kalten Winter, prophezeien Senat und BEWAG. Eine 200 MW Gasturbine in Neukölln soll die Energielücke fürs erste schließen. Spätestens 1987 aber müsse das Grundlastwerk stehen.

Energiereferat contra Energiepolitik

BEWAG und Senat sind sich einig – nicht nur weil Regierender Bürgermeister und Wirtschaftssenator gleichzeitig Aufsichtsrats-Vorsitzende der Kraftwerks-AG sind.

Auch ihre Gutachter stimmen überein: bis 1985 werden die Berliner 50 % mehr Strom verbrauchen. Wer soviel Energie verplempern soll, ist nicht zu erfahren. Die Bürgerinitiative Oberhavel/Oberjägerweg hat den Verdacht, daß der Senat „eine sehr stromintensive Industrie in Berlin ansiedeln" will.

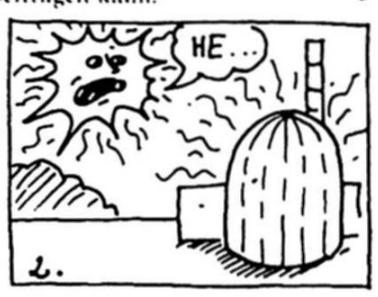
Für Vollbeschäftigung und Wachstum nimmt der Berliner DGB-Vorsitzende Sickert Kernkraftwerke in Kauf: „. . . . kann ich mir die Nutzung der Kernenergie in unserer Stadt vorstellen." Wer die Wahlverwandtschaft zwischen DGB-Spitze und sozialliberaler Koalition kennt, wundert sich nicht über positive Stimmen zu Kernkraftwerken aus Senatskreisen.

Ein Reaktorunfall ist so „unwahrscheinlich, wie der Absturz einer Boeing ins Olympiastadion während eines Hertha-Spiels", sagt Herr Volland, Leiter des Energiereferats unter Senator Lüder.

Das Energiereferat hat offensichtlich noch nicht mitgekriegt, daß sein Chef Lüder eine andere Energiepolitik betreibt: „Die Äußerungen von Senator Lüder zu diesem Problem, die leider unzureichend interpretiert worden sind, stellen seine persönliche Einschätzung zu diesem Problem dar."

Lüder indessen glaubt eher an die Kraft der Sonne: „1990 spricht man nicht mehr von Kernkraft."

Zitty Nr. 15, 7.10.77



Tps. 11.2.76

ATOMENERGIE Spiegel 40/77

Schwachstelle erkannt

Wie die bundesdeutsche Kerntechnik ausgebaut werden soll, ist ungewisser denn je. Außer Kritikern im eigenen Land suchen nun auch die Amerikaner eine Denkpause zu erzwingen.

▷ Für die Schnellbrüter-Anlage Clinch River, die (wie etwa auch der bundesdeutsche Brutreaktor von Kalkar) mit Plutonium befeuert werden müßte, will Carter entgegen dem Votum der Kongreß-Mehrheit nur mehr 33 Millionen Dollar bewilligen — zum Einmotten des Projekts.

Neues vom SPD-Vorstand

Spiegel 41/77

Drei Tage später einigte sich der Bundesvorstand auf einen Antrag für den Parteitag im November, der von Schmidt für unvereinbar Erklärtes zu vereinbaren sucht. In dem zwölfseitigen Papier verlangen die SPD-Oberen auf Blatt zwei: „Das Vollbeschäftigungsziel muß auch in Zukunft oberste Priorität haben." Acht Seiten weiter fordern sie ein atomares Moratorium: „Mit dem Bau weiterer Kern-Kraftwerke darf erst begonnen werden, wenn eine erste Teilerrichtungsgenehmigung für ein Entsorgungszentrum ertei

Eppler, dem diese Formulierung zu vage war, protestierte: „Es tut mir leid, ich kann da nicht mitmachen. SPD-Parteitage haben die Eigenart, daß sie wissen wollen, was sie beschließen." Mit 11:10 Stimmen verwarf der Vorstand den Matthöfer-Entwurf; auf der Verliererseite standen nicht nur Schmidt und sein Forschungsminister, sondern auch Eppler-Freund Brandt.

Am Rande bemerkt

Kernfragen

Über Kernkraftwerke sind die Meinungen gespalten; nicht nur die Gefühle, die Unsicherheit und Furcht vor dem Rüstzeug des Zauberlehrlings, sondern auch die Information. Unter den Experten herrscht durchaus keine Einigkeit über die Berechnung des Verhältnisses zwischen Energiebedarf und dem Risiko seiner Befriedigung durch Kernspaltung. Atomkraftwerke sind Elefanten vergleichbar: Ungemein effektvoll, friedlich und umweltfreundlich, solange sie nicht böse werden.

Die jeweils betroffene Bevölkerung begnügt sich, wie die Beispiele lehren, nicht damit, daß Technokraten ihnen vereinfacht sagen, was für sie das Beste sei. In Ballungsgebieten spitzt sich das Problem zu. Immerhin wurde im Dezember 74 in der Kernenergie-Debatte des Bundestages nach einem darüber vorgelegten Bericht aus den USA mitgeteilt, bei der Standortauswahl großer wassergekühlter Reaktoren müsse dort eine Stadt von mehr als 25 000 Einwohnern jedenfalls weiter als 50 km von der Anlage entfernt liegen.

Nun hat der Senat ein Gutachten angefordert. In einer vorläufigen Bewag-Expertise heißt es indes bereits mit der für Nachbarprobleme weniger aufgeschlossenen Unbefangenheit der Fachleute, auf Sicht käme Berlin ohne ein Kernkraftwerk gar nicht aus. Bevor man die Techniker sprechen läßt, darf indes die Logik bemüht werden.

Im Zeitalter des kontinentweiten Stromverbundes kann überhaupt nur in Berlin die Idee auftauchen, einer halben Millionen-Stadt zur Befriedigung ihres Energiebedarfs in ihren Mauern einen Kernreaktor zu errichten. Man will von der politischen Umgebung unabhängig sein.

Da nun aber ein Katastrophenfall bei einem Kernkraftwerk auch von Technikern nicht völlig ausgeschlossen werden kann, entsteht gerade dadurch eine besondere Art der Abhängigkeit von der Umgebung der Stadt. Denn wohin sollte eine Millionenbevölkerung bei Strahlenalarm in Charlottenburg so schnell evakuiert werden? Doch in die Umgebung.

Was immer die Experten herausfinden mögen: In Berlin ist nun einmal keine Kernfrage unpolitisch zu beantworten. -thes

Radioaktives Kerosin ausgelaufen

Tsp. 7.10.77 Zwischenfall in Wiederaufbereitungsanlage in Karlsruhe

Köln (AP). In der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe ist es, wie erst jetzt bekannt wurde, am 21. September zu einem Zwischenfall mit radioaktiven Substanzen gekommen. In ihrem neuesten Informationsblatt teilte die Kölner Gesellschaft für Reaktorsicherheit jetzt mit, daß sich beim Umpumpen radioaktiven Kerosins aus einem Transportbehälter in das Gebäude der Kerosin-Reinigungsanlage eine Schlauchverbindung löste, wodurch rund 80 Liter Kerosin ausliefen und im Boden versickerten.

Sofort zugezogene Einsatzdienste hätten 0,8 Kubikmeter Kies ausgehoben und damit den überwiegenden Teil des Kerosins sichergestellt. Anschließende Meßergebnisse unterhalb des Aushubs hätten einen Nullpegel ergeben. Eine Gefährdung der Umwelt sei nicht gegeben gewesen.

Uran-Unfall in den USA

Washington (ddp). Die amerikanische Umweltschutzbehörde hat die Untersuchung eines Uran-Unfalls eingeleitet, der am Mittwoch voriger Woche bei Springfield im US-Bundesstaat Colorado eine 450 Quadratmeter große Fläche verseucht hatte. Ein mit 50 Fässern radioaktiven Uranoxydstaub beladenes Transportfahrzeug war 56 Kilometer südlich der Stadt Lamar mit drei Pferden zusammengestoßen. 38 Fässer platzten auf und ergossen ihren Inhalt auf die Straße. Wenig später wurde das gesamte Gebiet mit Plastik-Planen abgedeckt, um zu verhindern, daß der Wind die giftige Substanz weitertreibt. Zwölf Arbeiter des Exxon-Konzerns, von dem das Uranoxyd stammte, versuchen seitdem, in Spezialkleidung und mit Atmungsgeräten ausgerüstet, die giftige Substanz zu beseitigen. Abgeordnete übten inzwischen scharfe Kritik an der mangelhaften Verpackung des gefährlichen Stoffes. Wäre der Unfall in einer Großstadt passiert, hätte erhebliche Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung bestanden, sagte ein Abgeordneter. Der Uranoxydstaub könne auf dem Weg über die Lunge erhebliche Schäden an Leber und Nieren verursachen.

Im Verlauf der Untersuchung ergab sich, daß allein während dieses Jahres auf dieser Route rund 909 Tonnen der radioaktiven Substanz von Wyoming nach Oklahoma transportiert wurden. Unter anderem führt diese Strecke durch die Millionenstadt Denver.